

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President.

1307-1309 Howard St. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Wochenblatts bei Vorauszahlung \$2.00 das Jahr. Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 1 1/2 Cents; durch die Post, bei Vorauszahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00; drei Monate \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Freitag, den 15. August 1919.

Csachoslowakische Politik

In der Tschecho-Slowakei haben vor einiger Zeit die Gemeindevahlen stattgefunden, die von den tschechischen Behörden des Landes als maßgebend für alles Mögliche und Unmögliche angesehen werden. Mit Hilfe der Gemeindevahlen hofften sie den Nachweis zu führen, daß die deutsche Bevölkerungsminderheit in ganzem Lande so klein sei, daß sich der Streit um das politische Selbstbestimmungsrecht der Deutschböhmen gar nicht lohne, und die sozialistischen Herren und Meister des Landes erwarteten von ihnen den Beweis dafür, daß die überwiegende Mehrheit der Bewohner in der Welle gefärbte Sozialisten seien, die mit ihren Führern durch die Dummheit gehen würden. In beiden Beziehungen hat sich die Prager Regierung gründlich geirrt. Zwar haben die Sozialisten, wie das nicht anders zu erwarten stand, wirklich die Mehrheit in den Wahlen erlangt; aber der bürgerliche Einschlag bei den gewählten Kandidaten ist doch viel größer, als sie vorausgesetzt hatten. Man darf unter diesen Umständen den im Verlaufe stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung mit gespanntem Interesse entgegensehen.

Diese dürften auch in nationaler Hinsicht von größerem Interesse sein. Bei den Gemeindevahlen ist es den Tschechen gelungen, selbst in rein deutschen Gemeinden, wie beispielsweise in der deutschen Stadt Reichenberg im nördlichen Böhmen, tschechische Vertreter in den Stadtrat hineinzubringen. Sie behaupten nun auf Grund des Ausfalls der Wahlen, daß es in Böhmen mit einiger Ausnahme vielleicht das Egerlandes überhaupt kein geschlossenes deutsches Ansiedlungsgebiet gebe. Für fremde Beobachter, die das Land und seine Bevölkerung nicht kennen, oder höchstens von einer flüchtigen Reise nach Karlsbad und Prag, mag der Ausfall der Wahlen als ausreichender Beweis dienen. Wer in Böhmen Weisheit weiß, kann sich keinen Augenblick im Unklaren darüber sein, daß hier der Versuch vorliegt, der Welt und vor allen Dingen der Entente, oder in letzter Linie der Pariser Friedenskonferenz, Sand in die Augen zu streuen. Der Tschecher, der da abläugnet, daß die Gegenden um Reichenberg, Trautenau, Auhitz, Bruer usw. herin geschlossenes deutsches Ansiedlungsgebiet seien, tut solches wider besseres Wissen. Gewiß, es mögen auch Tschechen dort wohnen. Aber mit dem gleichen Rechte könnte man die Behauptung aufstellen, daß Chicago eine Reigerstadt sei. So wenig als die farbigen hier eine ursprüngliche Heimatstätte gehabt haben, so wenig sind die Tschechen in den deutschen Ansiedlungsgebieten Böhmens bodenständig. Es sind in den letzten Jahrzehnten durch den Aufschwung der tschechoböhmischen Industrie viele tschechische Arbeiter in jene deutsche Gebiete geflohen, gerade- so wie Arbeitermangel während des Krieges die farbigen des Südens nach Chicago gebracht hat, aber die Besitzer des Grund und Bodens sind die Deutschböhmen.

Würde die tschechoböhmische Industrie plötzlich vernichtet, so würde ohne Zweifel die überwiegende Mehrheit der tschechischen Arbeiter in ganz kurzer Zeit aus jenen deutschen Ansiedlungsgebieten anderswohin abziehen. Der industrielle Arbeiter ist nicht mit dem Boden vermachsen wie der europäische Bauernmann, sondern wandert wie sein amerikanischer Kollege von einem Ort zum andern, je nach der Arbeitsgelegenheit. Natürlich stehen den tschechischen Arbeitern bei den Gemeindevahlen ebenfalls Stimmen zu, und so kommt es, daß auch in rein deutschen Ansiedlungsgebieten kleinere oder größere tschechische Minoritäten sich Geltung verschafft haben. Das ist nicht mehr wie recht und billig. Denn auch die Minderheiten sollen in der Gemeindeverwaltung Sitz und Stimme haben. Daran aber die Behauptung ableiten zu wollen, es gebe in Böhmen überhaupt keine geschlossenen deutschen Ansiedlungsgebiete, ist doch „starker Lohd“. Wie es zugegangen ist, daß die tschechischen Minderheiten in einzelnen dieser deutschen Gemeinden verhältnismäßig stark aus den Wahlen hervorgegangen sind, darüber sollte man sich vorläufig des Urteils enthalten. Die Zeit wird auch das an den Tag bringen. In deutschen Ortschaften wie Bruer, Dur, Auhitz, Reichenberg, Prachatz, Lepitz, Gahlonz, Trautenau usw. machen die tschechischen Vertreter gegenwärtig dreißig bis fünfzig Prozent der Gesamtheit des Gemeinderats aus. Dafür sind in Gemeinden mit überwiegend tschechischer Bevölkerung dank der Verhältnismäßigkeit auch deutsche Vertreter in den Gemeinderat eingezogen, so z. B. in Pilsen, Jochsstadt, Theresienstadt und Prerau. Der Prager Gemeinderat besteht aus neunzig Mitgliedern. Von ihnen gehören jetzt ganze sechs der deutschen Nationalität an. Und Prag, das goldene, war einst — es ist erst wenige Jahrzehnte her — eine deutsche Stadt.

Das von den Tschechen bei ihrer Nationalitätenpolitik verfolgte Ziel war von vornherein klar. Sie wollen die Deutschböhmen an die Wand drücken, bis sie quackschn. Die bisherigen acht Monate unbeschränkter Tschechen Herrschaft in Böhmen sind eine gute Probe davon gewesen, wessen die Deutschböhmen sich von ihnen zu verewärtigen haben, wenn die Entente an der Aufrechterhaltung der Ruhe in Böhmen kein so starkes Interesse mehr haben wird wie jetzt während der Friedensverhandlungen. Man plant in Prag eine sogenannte Bodenreform allergrößten Stils. Unter dem Vorwande, daß nach dem Dreißigjährigen Kriege, also vor fast dreihundert Jahren zwei Drittel des böhmischen Grundbesitzes in fremde — lies deutsche — Hände übergegangen sind, sieht die beabsichtigte Agrarreform die Enteignung einer Bodenfläche vor, die beinahe der doppelten Fläche während gleichkommt. Ihre Durchführung soll binnen fünfzehn oder zwanzig Jahren geschehen. Es wird allerdings nicht gesagt, daß dieser Enteignungsprozeß sich gegen das deutsche Element des Landes richten soll. Indessen, tran einer der Tschechen! Während der Plan vorgeblich dem Feudalismus und stark entwickelten böhmischen Grundbesitz gelten soll, richtet er sich wohl in Wirklichkeit gegen das Deutschtum im Lande. Es ist nur gut, daß die preussische Außenpolitik der Welt den zuverlässigen Nachweis dafür gebracht hat, daß zur Entnationalisierung eines Landesgebietes in heutiger Zeit Zwangsmittel recht gefährlich sind. Sie wirken wie ein Boomerang und rächen sich schließlich am Urheber. Diese Erfahrung wird Europa aller Wahrscheinlichkeit nach im kommenden Jahrhundert an vielen Stellen machen, auch in Böhmen.

Deutsche Sozialisten gegen jede Entschädigung früherer Fürsten

Der Parteitag nimmt einen entsprechenden Antrag an. — Die Literatur des Proletariats wird bekämpft, weil die Sozialdemokratie keine neue Klassenherrschaft anstreben solle. — Nur langsam mit der Sozialisierung, heißt es.

Ueber die hauptsächlichsten Beschlüsse auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten, der kürzlich stattfand, berichtet die „Frankfurter Zeitung“. Die Tagesfrage stand im Mittelpunkt der Debatte des letzten Tages. Coblenz-Ruß hat das Korreferat mit einigen Spitzen gegen die Führer der Partei. Weil die Partei zu wenig Verständnis für die Tagesfrage gehabt habe, deshalb seien so viele zu den Unabhängigen gewandert. Die Arbeiterräte seien die Voraussetzung für die Sozialisierung. Zur Schaffung der Produktionsmittel müßten die Produktionsmittel gehören, in denen Arbeiter,

Gewerkschaften vollständig ausschalten. Das tue aber der Vorstoß der Sozialdemokraten. Durch die berufstätigen Kammerer würde das Volksparlament gewinnen, weil es von diesen Fragen entlastet ist. Für die allgemein-politischen und kulturellen Fragen würde dann viel Zeit frei werden. Es könne sich nicht mehr darum handeln, mehr formale Rechte zu schaffen, sondern die sozialdemokratische Politik müsse den rechten Inhalt bekommen. Vor allem dürfe der alten sozialdemokratischen Regierung nicht die Führerschaft verloren gehen. Leider hat dieser Parteitag nicht die erwarteten Parteitage. Die allgemeinen Schwerfächer würden wachsend. Die Partei werde noch höhere Erhebungen machen. Es sei aber schon möglich, wenn in der Tagesfrage die Partei mehr die Initiative ergreife. Dadurch werde auch am sichersten die gefährliche Räte-diktatur verhindert, die in Aufbruch Schrittschritt erlitten habe. (Schwacher Beifall.)

Meine Klassenherrschaft

Knotenpunkt führt in der Debatte bei der Begründung eines Antrages aus, es dürfe auf keinen Fall die alte Klassenherrschaft durch eine neue ersetzt werden. Eine Arbeiterherrschaft werde immer zu einer Ausbeutung werden. Aufgehört der Arbeiterklasse gebe es auch Menschen, die ihre Bedeutung für die Menschheit hätten. Jede Herrschaft ohne Kontrolle führe auch zur Korruption. Deshalb müsse auch das Volksparlament durch die Volksabstimmung kontrolliert werden. Diese Kontrolle müsse aber auf dem Boden der Demokratie durchgeführt werden, nicht durch Gewalt.

Sollmann-Röhl lehnt das Zweikammerparlament von Coblenz ab. In der Arbeiterherrschaft herrsche leider jetzt zu viel Vernunft. Die Bundesräte, die vom Räteparlament erwartet würden, würden nicht eintreten. Gelingen es, die Parteifreunde zur Vernunft zurückzuführen, dann werde die Partei gerecht sein, wenn nicht, so bricht alles zusammen. Das Räteparlament werde den Weltfrieden nicht wiederherstellen. Es bestehe auch die Gefahr, daß die russischen Räte ein Kummelplatz von Plantagen würden. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie habe sich mit diesem Räteparlament durchaus abgefunden, weil sie damit zu ihren Rechten kommen hoffe.

Gegen russische Verhältnisse

Eine Reihe von Rednern wendet sich scharf gegen die Coblenz-Reden, die zu dem Zweikammerparlament und zu einer Zerrüttung der Partei und der Arbeiterorganisationen führen müßten. Russische Verhältnisse dürften bei uns nicht eintreten, und mit der Nachahmung russischer Institutionen würde man die Unzufriedenheit bei der Partei auch nicht halten. Diese Redner wie Stahma-Liesden, Ritter-Verein, Fromme-Liesden und ein Hamburger, verlangten auch mit Nachdruck, daß die Arbeiter die Pflicht zur Arbeit erst wieder ernst nehmen müßten.

Bauer, der Leiter des Reichsarbeitsministeriums, der früherer stellvertretende Vorsitzende der Generalcommission der Gewerkschaften, weist den Vorwurf Coblenz zurück, daß die Regierung untätig geblieben sei. Für den Kommunismus hätten allerdings die Sozialdemokraten in der Partei kein Verständnis gehabt. Auch die Unabhängigen hätten sich seinerzeit gegen die Räte-diktatur ausgesprochen. In der Demokratie habe die Arbeiterherrschaft die besten Entwicklungsmöglichkeiten. Auch ihre wirtschaftliche Freiheit würde dabei gefördert. Solche schwierigen wirtschaftlichen Probleme sollten nicht überstürzt werden. Der Untergrund für die Regelung der Arbeiterfragen sollen die Betriebsräte sein, die dann zusammengefaßt werden sollen in Bezirksräte, und schließlich soll aus den Bezirksräten ein Reichsarbeiterparlament entstehen. Eine ständige Kammer, wie sie Coblenz in seinem Räteparlament vorbereitet, werde eine große Gefahr für die Zukunft sein. Wenn das Ziel gewisser Arbeiterräte sei, den Arbeitern die Verwaltung der Betriebe zu übertragen, so sei das kein Sozialismus, sondern ein Massenkapitalismus. Diesen Gedanken müsse in der Partei entgegengetreten werden.

Bürden in Deutschland die Betriebe den Arbeitern und Angestellten ausgeliefert werden, dann würde es noch viel mehr als in Russland zu bölligen Puffertrot kommen. Bis zur Revolution seien namentlich die Angestellten zu wenig gewiesen, für ihre Menschenrechte zu kämpfen und jetzt könnten sie mit ihren Forderungen gar nicht weit genug gehen. Die Leitung des Betriebes müsse in den Händen des verantwortlichen Betriebsleiters bleiben. Auch in den sozialisierten Betrieben müsse eine Betriebsleitung die Verantwortung haben. Dieser übertriebene Rätekapitalismus zeige sich jetzt bei den Gelegenheiten über die Betriebsräte, wo von den Angestellten gar nicht durchführbare Forderungen gestellt wer-

den. Das Räteparlament habe in den ersten Monaten der Revolution zu Mitteln des Syndikalismus geführt, deren sich die deutsche Arbeiterherrschaft schämen müsse. Die Betriebsräte müßten nur Einrichtungen der Gewerkschaften werden, damit die Sicherheit gegeben werde, daß die Arbeiterherrschaft, gewerkschaftlich erogen werde. Mit Terrorismus werde man auf die Dauer nichts erreichen, und die Irreführten würden das bald selbst erkennen müssen. Die Führer der Angestelltenbewegung, die während des Krieges noch zu den Vorkämpfern gehört hätten, seien jetzt zum großen Teil bei den Unabhängigen und Kommunisten angekommen und ließen tschechische Politik vermissen. Dem gegenüber müßten erfahrene Parteigenossen die Ruhe bewahren.

Kritikale Vorschläge erhalten nur eine Stimme

Ein Schlußantrag wird angenommen. Im Schlußwort legt sich Coblenz noch einmal für die Kammer der Arbeit ein, während Einzelner sie mit allen Nachdruck bekämpft. Die Deutschnationalen hätten sich auch bereit für diese beratschlagenden Kammer erklärt. Es handelt sich dabei, so führte Einzelner aus, auch um gar nichts Neues, sondern es ist etwas ganz Altes, mit neuem Verstand ausgemacht. Eine Kontrolle sei von unten herauf notwendig, aber die Kontrolle dürfe sich nicht auswaschen zu einer allgemeinen Einengung der Führer. Die Maßnahmen der preussischen Regierung gegen die stöhrerbetriebe bleibe bedauerlich. Dabei scheint die Regierung verfahren zu haben, daß sie ein Produkt der Revolution ist. Die Volksabstimmung zu Gunsten des Reichsarbeiterparlamentes ist nicht zu empfehlen, weil es sich in der Schweiz gezeigt hat, daß in wirtschaftlichen Fragen das Referendum leicht als Hindernis wirkt. Die Leitende Einzelner ergänzt durch einen Antrag Kaufmann, der auch den Konsumenten zum Schutze gegen Preistreibern in die Wirtschaftsräte berufen will und das Reichsarbeiterparlament in Reich, Staat und Gemeinden ablehnt, werden angenommen und dem Parteivorstand zur umfänglichen Aufklärung übergeben. Für die Leitende Coblenz stimmte nur ein Delegierter, was Stierkeit erweckte.

Es folgt dann noch die Abstimmung über die jährlichen Anträge, die zum größten Teil dem

Parteivorstand überwiesen werden. u. a. findet ein Antrag Annahme, daß alle Fürsten und früheren Kroneninhaber ohne Pension von der Reichs- und Landesregierung abgefunden werden. Angenommen wird ein Antrag, der die Hinrichtung Rebins bedauert und verlangt, daß den jungen Toller dasselbe Schicksal erpart bleibe. Weiter wird verlangt, daß auch gegen die Attentäter gegen Kaur und die Mörder von Neuring aufs nachdrücklichste vorgegangen werde. Schließlich findet ein Antrag Annahme, daß auch im Falle der Fortsetzung des Saargebietes vom Deutschen Reich die innere Führung der sozialdemokratischen Parteiorganisation doch nicht unterbrochen werde. Mit der Erledigung der Anträge ist die Tagesordnung erschöpft.

Deutsche Sozialisten halten tren zum Reich

In seinem Schlußwort weist der Vorsitzende Schulz auf die große Einmütigkeit hin, die der Parteitag gezeigt habe. Der erste Parteitag seit der Revolution sei auch von außen her angeführt verlaufen. Der Krieg habe die Weltrevolution gebracht. Die Epoche des Kapitalismus und des Militarismus sei abgeschlossen, das Zeitalter des Sozialismus habe begonnen. Nach der materialistischen Auffassung gestalten die Menschen die Verhältnisse, und so hätten die in der Sozialdemokratie zusammengefaßten Massen seit Jahren die Revolution vorbereitet. Am 9. November seien die Früchte geerntet worden. Der diesmalige Parteitag habe der Sicherung dieser Revolution gedient. Die deutschen Arbeiter hätten auch in Ost und West, im Norden und im Süden die Treue zum Reich. Seine die deutsche Sozialdemokratie wäre kein Deutschland mehr möglich, in dem zu wirken und zu leben sich überhaupt lohnte. Nur ein freies Deutschland werde den Weg bahnen für den allgemeinen Sozialismus. Vom freien Deutschland aus reichen die deutschen Sozialdemokraten den Bruderparteien in den anderen Ländern die Hand zum Wiederaufbau der Internationalen. Mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie schließt der Vorsitzende den Parteitag.

Wichtig für Automobilbesitzer

Jeder Autofahrer weiß den Wert eines guten Schlichtes bei Nachtfahrten auf Landstraßen zu schätzen. Einer der besten derartigen Schimmerer, die bisher auf den Markt ka-

men, als „Autorecites“ bekannt, wird gegenwärtig von der bekannten Autobedarfsartikel-Firma KOPAC Bros., in den Handel gebracht. Herr Osterman, Sekretär der Lincoln Highway Gesellschaft, benutzte dieses Schlicht auf seinen offiziellen Nachtfahrten und sprach sich äußerst anerkennend über dessen Leistungen aus, da es ein besseres und helleres

Licht gibt, als die gewöhnlichen Scheinwerfer. „Autorecites“ sind nicht nur als Schlichter auf der Landstraße verwendbar, sondern können auch leicht abgenommen werden und nach irgendeinem Teil der Car gebraucht werden, um dann bei hellen Licht die nötigen Reparaturen ausführen zu können.

Das Probium Verfahren macht den „Staggard Tread“ jäh bis zu einem bemerkenswerten Grade und ist der Grund, weshalb die Republic Tires so viel länger halten.

Es ist leicht, den Beweis dafür zu liefern. Man unterfahre den „Tread“ irgend eines Republic Tires, der tanfende von Reifen gefahren ist.

Man wird sofort die vollständige Abwesenheit von Sprünge und Rippen sehen, die doch offenbar sein sollten, nachdem der Reifen so viele Meilen zurückgelegt hat.

Es wird sich für jeden lohnen, die Lebensdauer der Republic Tires zu unterfuchen und mit anderen bezüglich der Kosten zu vergleichen.

KOPAC BROTHERS

Distributoren 2037 Marham Str., Hauptgeschäft, Omaha, Neb., Tyler 4100 David City, Neb.—Columbus, Neb.—Smyrna, Neb.—Norfolk, Neb.

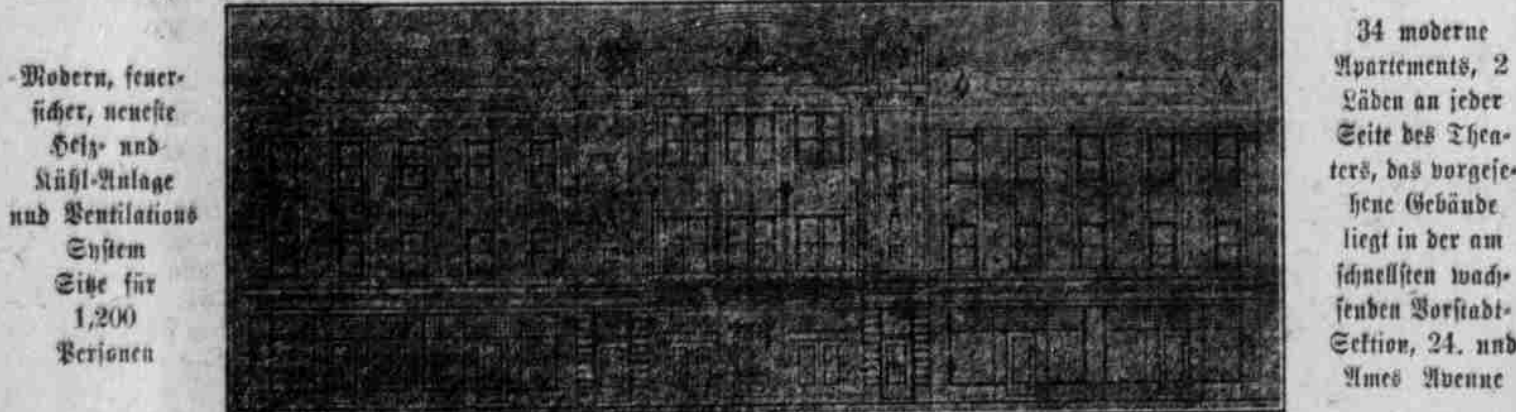


GELEGENHEIT

An den Profiten teilzunehmen, die durch die Operation eines Theaters sowie auch durch die Mieten von Apartments und Läden gewonnen werden

Ueberlegen Sie

Die Profite, die bisher in der Operation von Theatern nur wenigen Personen zugingen, werden den Anteilhabern zuteil. Denken Sie darüber ein wenig nach, um sich selbst zufriedeu zu stellen, daß eine Gelegenheit, an solchen Dividenden teilzunehmen, sehr selten ist. Wir haben einen begrenzten Vorrat von 7 proz. steigenden Vorzugsaktien zu \$50.00 die Aktie. Unser Rat ist, handeln Sie schnell; diese Aktien werden bald verkauft sein.



Theater, Apartments und Ladengebäude, wie diese nach ihrer Vollendung aussehen werden

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes Theater Eintrittsgelder, Apartments und Läden, Total Einkommen, Ausgaben, Total Netto Gewinne.

Keine Promotions - Aktien. Wir machen keine überschüssigen Verbriefungen, wissen aber, daß Sie nach einer geringen Untersuchung folgen werden, eine solche Gelegenheit ist sehr schwer wieder zu finden.

Informations-Kupon 1919. Ames Realty Corporation, Omaha, Neb.

Ames Realty Corporation. Eric J. Falken, Präsident. R. A. Burkeit, Vice-Präsident. 2041-G Ames Avenue. Telephone: Colfax 175.